

Wöchentlicher Anzeiger

für Tündern

und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechs-spaltige Korpuszeile 20 Hg., Restzeile 30 Hg.

Abbestellungsfrist: Die Geschäftsstelle dieses Blattes, Beipferze 10, spätestens vormittags 9 Uhr. Verspätete und konfliktuelle Abbestellungen müssen am vorhergehenden Tage in unserer Kassen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Stierstedt'scher Anzeigerpreis: durch unser Geschäftsstelle 5,50 M., von unserer Kasse 3,00 M., durch den Briefträger 20. Einzelnummer 20 Hg.

Stierstedt'scher und monatliche Anzeiger werden außer in der Geschäftsstelle, Beipferze 10, auch von unserer Kasse und allen Postämtern angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Tündern.

№ 61

Donnerstag, den 13. Januar 1921.

60. Jahrgang

Wenn Amerika will.

Seither der 4. März herankommt, der Tag, an welchem der nordamerikanische Präsident Wilson nach achtjähriger Amtszeit seinen Nachfolger Harding übergeben wird, um so früher werden auch in Europa Entscheidungen anfallen, die es von der nordamerikanischen Union abhängen werden. Am lebhaftesten ist die Stimmung deshalb in Paris. Die dortigen Zeitungen behaupten, daß Deutschland ein Zugriffsrecht erziele, um den Präsidenten Harding für die deutschen Interessen zu gewinnen, damit er die Bedingungen des Vertrages von Versailles durchsetzen könnte. Wilson wünscht einen Erfolg der Gesamtheit, die es von der nordamerikanischen Union abhängen werden. Gegen Wilson's eintägige Schicksalsentscheidung wartet sehr gespannt darauf, ob der Präsident tatsächlich einen Weltkongress berufen wird, um wirklich ernstlich die internationale Abrüstung und die Bildung einer neuen Gesellschaft der Nationen zu betreiben, und in deutschen Kreisen werden wieder Diskussionen darüber mit der Wilson'schen Praxis des nordamerikanischen Staatsvertrages.

Allen diesen Erwägungen gegenüber muß man sich zunächst darüber klar werden, das Präsident Harding, wenn er bedeutsame politische und wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund seiner Politik stellen wird, dies selbstverständlich demgegenüber seinen eigenen Landesinteressen. Gegen Wilson's eintägige Schicksalsentscheidung, die sich für England und Frankreich als Belegte und ein amerikanisch-englisch-französisches Bündnis in Aussicht nahm, hat sich das nordamerikanische Volk ausgesprochen, und die Wahl Harding zum Präsidenten beweist, daß die Vereinigten Staaten nicht von Frankreich in die europäischen Kämpfe hineingezogen werden wollen, wenn die Zukunft folgen bringen sollte. Das ist für den Weltfrieden wertvoll, der sich nicht nur von Fragen im Atlantischen Ozean, sondern auch von solchen im Stillen Ozean abhängig ist.

Wenn der Präsident Harding zu der Entscheidung einer internationalen Abrüstung und der Bildung einer Gesellschaft der Nationen, die jetzt eine wirklichen allgemeinen Völkerverbund, übergehen will, so kann er, da er ja wohl kein politischer Idealist, wie sein Vorgänger es war, sein wird, keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß sich eine glatte internationale Abrüstung und ein achtjähriger Völkerverbund unter Auslösung des Vertrages von Versailles für die nächsten Jahre noch nicht einrichten lassen wird. Ein fünften höchstens von einem bestimmten Termin ab Vereinigungen der Völkerverträge. Eine baldige Abrüstung würde nicht einmal den amerikanischen Interessen dienen, dessen Handelsflotte jetzt viel zu wertvoll geworden ist, als sie einem plötzlichen Völkerverbund preisgegeben werden dürfte.

Es ist die deutsche Affektion, wie gegenüber Wilson, wenn viele Deutsche annehmen, Präsident Harding werde uns sofort in irgend einer Weise praktisch beistehen, um uns aus dem Fesseln der Entente zu befreien. Eine solche Affektion wäre doch etwas anderes, als die heute gelübte und gewiß denkwürdige amerikanische Solidarität. Harding wird den Friedensvertrag mit uns nicht überarbeiten, er wird sich wohl noch zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Deutschland, zur Sicherung von Lebensmitteln und Rohmaterialien an uns einsetzen, aber wir müssen uns selbst für die Sache einsetzen, und vor allem den Beweis dafür bringen, daß wir eine vernünftige Wirtschaft treiben wollen. Wenn wir weiter eine riesige Steuer- und Finanzdefizitlast weiter treiben wollen, dann haben wir uns umsonst gefreut. Wenn Amerika uns helfen will, dann muß es auch die Überzeugung haben, daß das Geschäft lohnt. Denn aus keiner Menschenliebe greift man nicht unter die Arme. Das amerikanisch-hamburgische Schiffsabkommen hat gezeigt, wie Deutschland und Amerika sich wieder näherten können. Wir müssen etwas bieten können. Dagegen dem geht es nicht.

Die Beamtenfragen.

Welcher will die Verantwortung übernehmen.

Der Fortgang der Verhandlungen über die Beamtenforderungen stellen sich immer neue Schwierigkeiten in den Weg, und es ist nicht zu erwarten, daß die Regierung und die Beamten-Organisationen abgelaufene Kompromisse beibehalten, wie jedes Kompromiß, keinen von beiden Teilen. Der Regierung sind die gemachten Zugeständnisse zu hoch, den Beamten zu niedrig. Und beide Teile haben von sich aus recht. Das erklärende ist, daß beide Teile, Regierung und Beamte, sich in einer Angelegenheit befinden. Die Regierung weiß nicht, woher sie das Geld nehmen soll, um den Beamten höhere Zulagen zu geben, die Beamten wissen nicht, woher sie das Geld nehmen sollen, um zu leben. Beide Teile erkennen die Notlage des anderen an, wissen aber nicht, wie dem abgeholfen werden soll. Sift die Regierung den Beamten, so vergrößert sich ihre eigene Notlage, und wenn die Beamten keine Hilfe von der Regierung bekommen, — und von wem sollte sie sonst kommen? — so würde die Not der Beamten ins Ungemeine wachsen.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß keiner der beiden Teile die Verantwortung für das Kompromiß, das die Notlage der Regierung wesentlich vergrößert, ohne der Notlage der Beamten wirklich Abhilfe zu schaffen, zu übernehmen wird. So hat der erweiterte Vorstand des Zentralvereins der Beamten in seiner letzten Sitzung sich noch nicht für eine endgültige Entscheidung entschieden, sondern will erst mit den anderen Organisationen Beratung nehmen.

Andererseits hat aber auch das Reichsamt in seiner Sitzung am Montag gleichfalls nicht endgültig Stellung genommen, sondern beschlossen, sich zunächst (Mitwoch) mit den Finanzministern der Länder ins Einvernehmen zu setzen. Ueber die Frage der Zahlung der neuen Zulagen will es eine grundsätzliche Entscheidung der beteiligten Körperschaften herbeiführen, d. h. die Verantwortung dem Reichsamt und dem Reichsrat überlassen. Somit ist also vor Mitte nächster Woche fast mit der Entscheidung der kaiserlichen Frage zu rechnen.

Es bleibt aber abzuwarten, ob sich in der ersten Sitzung interessierter Eisenbahner mit dieser weiteren Beschleunigung der Angelegenheit zufrieden geben werden. Von beiden Seiten kommen Nachrichten, daß sich Abkommen erklären, aber es besonders das Eisenbahner dem Reichsamt, und es wird der unzureichenden Abkommen tatsächlich abgeschlossen wird, eine Sonderaktion der Eisenbahner des Mittelgebiets in Aussicht fände. Man sieht, die endgültige Lösung des ganzen Komplexes der Beamtenfragen besagen den größten Schwierigkeiten, und es wird der unzureichenden Abkommen dem besten Willens aller Beteiligten herbeiführen einen nur einmütigen gangbaren Weg zu finden.

Der Eisenbahnerkongress.

Die Eisenbahnerkongressen — Einmalige bedrohliche Luftstille.

„Schonzo Tribune“ hat Einblick in den Bericht des Reichsamt's über die Luftentlastung Deutschlands erhalten. Der Bericht beginnt mit der „Hoffnung“, daß die Tätigkeit der Deutschen auf dem Gebiete der Eisenbahnen wieder begonnen habe, und daß die deutsche Regierung das Verbot, keine Zulagen mehr zu bewilligen, umgehend, den Ministern wären viele Maßnahmen überlegen worden, so 200000 Zugengpässe, jedes Zugengpasse und eine beträchtliche Anzahl Wagenentlaste. Die Kontrollkommission habe aber beträchtliche Mengen an Zugengmaterial entdeckt. Die deutsche Regierung selber habe das Vorhandensein veralteter Material anerkennen (2) und dann erklärt, daß sie ein neues Material anerkennen würde. Die Verpfichtungen nachkommen, so 200000 Zugengpässe, die Schuldwerte 3, die Luftentlastung, d. h. ein Wasserflugzeug neuer Konstruktion. Die deutsche Regierung habe es abgelehnt, den Plan für die Flugzeuge den Ministern zu übergeben, weil diese im Jahre 1919 als nicht möglich an angesehen worden seien.

Wahrscheinlich nicht, aber doch, daß diese Verleumdungen dazu bestimmt sind, im nächsten Jahre Paris zu bombardieren. Ja, so ein Entenemerkmal hat es nicht leicht, dem Obersten Rat seine Ehrenberechtigung nachzuweisen.

Amerika magt nicht mit.

Der amerikanische Botschafter in Paris, Wallace, teilte neulich mit, daß die amerikanische Regierung aus dem Obersten Rat aus scheide und sich bei der Pariser Konferenz nicht mehr vertreten lassen werde. Dagegen werde Amerika seinen Platz im Wiedergutmachungsausschuss und in der Rheinlandkommission nach wie vor behaupten, so daß es bei den Entscheidungen über Durchführung des Abkommens von Spa (Entwaffnungsfrage usw.) mitreden kann.

Einen interessanten Bericht über die Stellung der amerikanischen Regierung zur Entwaffnungsfrage geben die „New York Times“; es heißt da:

„Die amerikanische Regierung habe die französische Behauptung, Deutschland verletze den Vertrag von Versailles, bestätigt und könne den einzelnen Verpflichtungen nicht nach, aus dem Grund geäußert und habe Grund zu der Annahme, eine detaillierte Schätzung verlege nur den schärfsten verheißenen französischen Wunsch nach Befreiung der Rheinprovinz. Die amerikanische Regierung würde die Ausführung eines solchen Planes vor der Hand ablehnen und nicht bestehen, ein solches Projekt, falls Frankreich die amerikanische Zustimmung darobereit der französischen Auffassung, daß Frankreich berechtigt sei, das linke Rheintal zu besetzen, weil die Vereinigten Staaten und in der Folge daher auch England das geplante Defensivabkommen mit Frankreich fallen gelassen hätten.“

Der Berliner Vorbereitung für Brüssel.

Es steht nunmehr endgültig fest, daß die Brüsseler Konferenz der Finanzfachverständigen erst nach Beendigung der Pariser Konferenz des Obersten Rates wieder

abgenommen werden wird. Nichtsdestoweniger hat im Berliner Auswärtigen Amt die Vorbereitung für Brüssel bereits begonnen. Die größten Schwierigkeiten ergeben sich in Brüssel besonders daraus, daß die Deutschen und die französischen Zeitungen über die Leistungen und die Leistungsfähigkeit der gegenwärtigen deutschen Produktion weit auseinandergehen. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der gegenwärtigen in Berlin stattfindenden Verhandlungen, gerade über diesen Punkt sichere, unangezweifelte Daten zu gewinnen, die den französischen Angaben nach mancher Richtung der Ergänzung bedürfen.

Eine besondere Bedeutung werden ferner im weiteren Verlauf der Konferenz die Fragen der industriellen Organisation der deutschen Lieferungen erlangen. Die Reichsregierung hat daher den alliierten und assoziierten Regierungen vorgeschlagen, daß neben dem Herren Staatssekretär Bergmann, Reichsamtpräsident Barenstein, die vom Reichsamt für den deutschen Industrie benannten Herren Generaldirektor Bögler und Kommerzienrat Peter A. L. O. A. n. e. r. als deutsche Delegierte bei den weiteren Verhandlungen teilnehmen. — Zur Beratung aller dieser Fragen sowie der gesamten Fragen, die sich aus dem Abkommen über die Entlastung ergeben, ist am Dienstag früher als ursprünglich beabsichtigt, auch der Reichsamt für auswärtige Angelegenheiten zuzuziehen. Seine bisherigen Verhandlungen waren vertraulich.

Die Verteilung der Rheinflotte.

Mit Rücksicht darauf, daß Frankreich wieder Anlieger des Abkommens geworden ist, bestimmt der Artikel 357 des Friedensvertrages, daß Deutschland über die Wiedergutmachungen hinaus an Frankreich einen Teil der Rheinflotte abzurufen hat. Der von den Verbündeten an die amerikanische amerikanische Schiffsliste 1919 e hat nun einen Schiffsbestand gemäß, nach dem Deutschland etwa 24000 Tonnage besitzt, nach dem deutschen ferner Schiffsliste mit einer Leistungsfähigkeit von insgesamt 24000 Pferdekraften Frankreich abzurufen soll. Dies bedeutet ungefähr 13 1/2 Proz. der Gesamttonnage der deutschen Rheinflotte.

Bur Lage.

Das Geld reicht nicht. So hat der Finanzminister des Reiches, Herr Wirth, wiederum erklärt, auch wenn alle benötigten Steuern die ausgerechneten Beträge ergeben, um die Ausgaben zu decken. Direkte Steuern können nicht weiter eingeführt werden, es sind also andere Entlasten zu suchen. Und dabei wissen wir noch gar nicht, was die Entlasten sein werden. Man hat aber schon wieder die Beamten mit neuen Zulagen herangezogen, und es ist nach den Darlegungen des Ministers nicht zu erwarten, wie die Gelder aufgebracht werden sollen. Da die Leute ohne jede Bezahlung doch auch leben wollen, bleibt eigentlich nichts anderes übrig, als die Beamtenflotte zu vermindern, und aus den so gehaltenen Geldern Aufbesserungen vorzunehmen. Somit ist ein Steuerrecht vollständig nicht zu vermeiden. Die Erregung ist heute schon groß genug, wo noch Meistern und andere Abgaben erbt beordern. Das Erregungen der Beamtenfrage auch neue Maßnahmen folgen werden, liegt auf der Hand. Damit bleiben nicht die Beamtenflotte zu vermindern, es geht immer im Kreis herum. Oder die Entlasten müßte die unabweisbaren deutschen Ausgaben aufdecken. Daß sich bei diesen Verhältnissen alle junge Leute zu irgend einer Beamtenflotte drängen werden, kann selbstverständlich nicht übersehen werden. Dagegen sind bei Zeiten Schritte notwendig.

Die Bundesfinanzminister gegen die Reichsfinanzverwaltung. Der Ende voriger Woche zu Bamberg abgehaltenen Konferenz einzelstaatlicher Finanzminister wird eine besondere Bedeutung beigemessen, weil sie trotz aller verheißenen Worte doch anscheinend als der Beginn eines Zusammenstehens gegenüber der Finanzpolitik des Reichsfinanzministeriums und als Aufhebung wider das von Eschbacher gestiftete unheilvolle Missverständnis der Einzelländer vom Reich anzusehen ist. Die Anregung zu dieser Konferenz ist von Thüringen ausgegangen, während Bayern die Einladung an die übrigen Einzelstaaten übermittelt und dann auch den Vorsitz übernahm.

Zeitspenden-Prangalierung ist auch im Elsaß- und Lothar, obwohl der Präsident der Republik in Prag zum Jahreswechsel die verheißenen Welterlöse zur Verfügung ermahnt hat. Namentlich sind es die Metziten, die viel anzufehen haben, da die Deutschen sich mit aller Gewalt der Übertritt zum Föderalismus entgegenzusetzen werden. Daß die deutsche Sprache im amtlichen Verkehr mit Behörden systematisch zurückgesetzt wird, ist leider selbstverständlich. Das deutsche Blut hat es schwer.

Königreich Ungarn und Betsel-Oesterreich. Während in Oesterreich die innere Not so hoch gestiegen ist, daß jetzt sogar der Bundesanzug in Wien an den Verfall der Entente appelliert, was bisher denn doch noch nicht da war, hat Budapest der Wien die Marschälle wiederherstellen, feste Kurzer gestiftet. Das wird von dem früheren Kaiser Karl benötigt, — mit seiner Familie zur Zeit am Genfer See lebt.

**Konditorei
: und Café :**
Br. Billhardt
Fernsprecher 356




Sonntag, den 16. Januar
ab 4 Uhr

Künstler-Konzert

Angermanns Restaurant.

Sonntag, den 30. Januar
Grosser Preisskat.

Es ladet freundlich ein

E. Angermann.

**Tafelschokoladen
„Sarotti“
Berlin**

sind die besten. Verkauf bei

Ewald Wunderlich.

Zur Frühjahrs-Saison empfehle

Blusenstoffe, reizende Muster.

Kleiderstoffe für Konfirmanden in S. B. u. reiner Wolle

Schürzenstoffe, Gingham und Blandrud

Barchente à m 13²⁵, 14⁵⁰, 15⁰⁰, 16⁰⁰, 17⁵⁰

Belours beste Qualität,

Hemdentuch pa. Ware à m 12⁰⁰, 15⁵⁰

Herrenstoffe große Auswahl **Mf. 58.00 bis 250.00**
à Meter

Sofenstreifen N. Kammgarn, Marengo.

Einen **Posten Stoffrester** passend zu Kinderanzügen
äußerst billig. Alle bei mir nicht am Lager befindlichen
Herren- und Damenkleiderstoffe, werden auf Wunsch
in kurzer Zeit besorgt. Muster liegen aus.

Kein Laden

Emil Schwarze, Gartenstr. 11.

Kein Laden

Gegenüber Gärtnerei Borch.

Schorlan

Alle räumt und st. um am **Sonntag,**
den 16. Januar nach **Schorlan**
da hält der Arbeiter-Turn-Verein
seinen diesjährigen großen

Maskenball

mit großartigen Ueberraschungen ab.
Dabei werden auch noch die besten
Masken und der schwebende Harlekin
verloren.
Anfang 4 Uhr. Einlaß der Masken
6¹/₂ Uhr.

Der Vorstand. Der Wirt.

Ich habe meine Praxis in Leuchern
aufgegeben und bin beim **Amts- und
Landgericht Naumburg a. S.** zugelassen.
Naumburg a. S.

Wünscher, Rechtsanwalt.

Wir werden die Praxis am **Amts-
und Landgericht Naumburg a. S.**
gemeinschaftlich ausüben.

Justizrat Dr. Sturm Wunscher
Rechtsanwalt u. Notar. Rechtsanw.
Naumburg a. S. Fernruf 420.
Wart Markt 19.

Frischen Scheffisch
empfiehlt
Edwin Hornisch.

Junger Dobermann
caffeeene Mädel, 5 Monate
alt, umständ. halber billig zu
verkaufen
Babustr. 5 I.

Haubennetze
ein fisch 2.— Ml.
doppelt 3.— Ml.
empfiehlt
Albert Herrmann,
Feiler.



Zur Masken-Redoute

der **Freiwilligen Feuerwehr**
am **Sonntag, den 16. Januar** im festlich geschmückten
Saal des **Salkhofs zum Löwen** laden wir die geehrte
Einwohnerschaft von Leuchern und Umgebung freundlichst ein.
Der Festausflug.
7 Uhr Redoute
4-6 Uhr Ball.
8 Uhr Demaskierung, anschliessend Polonaise. 10 Uhr
grosse Schneeballschlacht. Der Festpolizei ist unbedingt
folgt zu leisten. Tragen von Waffen verboten.
6 Damenpreise, 6 Herrenpreise, 3 Preise für Orig.-Clown.
Die Preise sind bei Herrn **Büdemann** in Leuchern anzufordern.
15 Preise im Werte von 625 Mk.



Achtung!

**Salkhof zur „Grünen Linde.“
Unterwieschen**
Sonnabend, den 15. Januar 1921
Großer humoristischer Abend
der lustigen Thüringer
Hinzulassen ein
der Wirt **die Gesellschaft.**
Kaffeeöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Wer lachen will, der komme!

Trauerkarten empfiehlt
S. Pfeffer.

**Meine Verlobung mit
Frl. Margarete Kühle**
erkläre ich für aufgehoben.
Rud. Hasenohr.

**Leuchern.
Hotel zum Löwen**

Sonnabend, den 15. Januar
abends 7/8 Uhr
Operetten-Abend
**Gastspiel des Merseburger
Stadt-Theaters**
Dir: Dahant
Der große Schlager
Mit Orchester **Novität!**
Fräulein Bnd.
Große Operette in 3 Akten v. **Walter Kollo**
Vorverkauf im Löwen.

Licht U.T. Spiele

Gröben-Nessa
Unterwieschen: Freitag, den 14. Januar 7¹/₂ Uhr Abendvorstellung
Gröben: Sonnabend, den 15. Januar 7 Uhr Abendvorstellung
Sonntag, den 16. Januar 7¹/₂ Uhr Abendvorstellung
7 Uhr Abendvorstellung

Die Herrin der Welt

der größte Film der Gegenwart in 8 Kisten.
Tellen, jeitaufsend jede Woche 1 Teil.

I. Teil Die Freundin des gelben Mannes.

Unsere werben Theaterbesucher hiermit zur Mitteilung, daß wir weder Arbeit
noch hohe Unkosten gespart haben, dieses Meisterwerk hierher zu verschaffen. Dieses
Stück besitzt seiner Vorzüglichkeit halber Wert und es bedarf wohl keiner weiteren
Anpreisung mehr. Jeder sollte und bilde sich sein eigenes Urteil. Trotz hoher
Unkosten keine Preiserhöhung.

Voranzeige!

II. Teil Sonntag, den 22. Januar

Die Geschichte der Maud Gregaards.

Lichtspiele Weisse Wand

Achtung! 3 Tage 3 Tage
Freitag, d. 14. Sonnabend d. 15. u. Sonntag, d. 16. Jan.
läuft ein **erstklassiges Sensationsprogramm**
Können Sie den beliebten Detektiv **Ferry Wibte.**

Der Fremde mit der Teufelsfratze

II Akte ferner d. weitere erstklass. Spielplan **II Akte**
Nic Carter
Der Spitzel

Meiner werten Kundschaft von Stadt und Land zur Kenntnis, dass
ich immer bemüht sein werde, nur **erstklassige Filmwerke** zu bringen
und hohe Unkosten nicht scheue. Versäumen Sie nicht dieses Programm.
Vorführung 5³⁰ und 8³⁰ Uhr.

Sonntag, 2¹/₂ Uhr Kindervorstellung.

Schneitung, Druck und Verlag von ...

Wöchentliches Anzeiger

für Tendorf

und Umgegend

Einzelnenpreis: Die sechsgehaltene Kopierschicht 20 Bg. Restamestle 60 Bg.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Beyerstraße 10, des Spätereins vormitags 9 Uhr. Größere und kostspielige Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Ercheint wöchentlich 8 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Bierzeitliche Bezugspreis: durch unsern Geschäftsstelle 5,50 Wk. von unsern Bieren nach Kons. ermächt. 6,00 Wk. von unsern Bieren. Einzelnummer 20 Bg.

Bierzeitliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Beyerstraße 10, auch von unsern Bieren und allen Postämtern angenommen.

Ämtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Tendorf.

Nr 6

Donnerstag, den 13. Januar 1921.

60. Jahrgang

Wenn Amerika will.

Se naber der 4. März herankommt, der Tag, an welchem der nordamerikanische Präsident Wilson nach zwölfjähriger Amtsdauer seinem Nachfolger Harding die Fühler der Regierungsgewalt in den Vereinigten Staaten übergeben wird, und so stürzen werden auch in Europa die Ereignisse lauff. Am lebhaftesten ist die Stimmung deshalb in Paris. Die dortigen Zeitungen behaupten, daß Deutschland ein Antagonist werde, um den Präsidenten Harding für die deutschen Interessen zu gewinnen. Damit er die Bedingungen des Vertrages von Versailles durchsetzen. Italien wünscht einen Erfolg der Gebührenden, die es von der nordamerikanischen Union während des Weltkrieges erlangt hat. England wartet sehr gespannt darauf, ob der Präsident tatsächlich einen Weltkongress berufen wird, um wirklich ernstlich die internationale Vereinigung und die Bildung einer neuen Gesellschaft der Nationen zu betreiben, und in welchem Ausmaß werden wieder Briten, ähnlich wie bei Wilson, auf den wichtigsten Posten des nordamerikanischen Staatsoberhauptes.

Allen diesen Erwägungen gegenüber muß man sich zunächst darüber klar werden, was Präsident Harding, wenn er bedeutsame politische und wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund seiner Politik einstellt, was sich selbstverständlich die meisten jetzt allgemein geltenden sein werden. Gegen Wilsons einseitige Weltvertragspolitik, die sich für England und Frankreich als Zugzwang und ein amerikanisch-englisch-französisches Bündnis in Aussicht nahm, hat sich das nordamerikanische Volk ausgesprochen, und die Partei Harding's zum Präsidenten erwählt, daß sich die Vereinigten Staaten nicht von vornherein in die europäischen Kämpfe einmischen wollen, wenn die Zukunft solche bringen sollte. Das ist für den Weltfrieden ein wichtiger Punkt.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß keiner der beiden Teile die Verantwortung für das Kompromiß, das die Notlage der Regierung wesentlich verschärft, ohne der Notlage der Beamten wirtschaftliche Hilfe zu schaffen, zu übernehmen mag. So hat der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Bundes in seiner letzten Sitzung sich noch nicht für eine endgültige Stellungnahme entschieden, sondern will erst mit den anderen Organisationen Fühlung nehmen.

Andererseits hat aber auch das Reichsministerium in seiner Sitzung am Montag gleichfalls nicht endgültig Stellung genommen, sondern beschloß, sich zunächst (Mitteilung) mit den Finanzministern der Länder im Einvernehmen zu sehen. Aber die Frage der Leistung der neuen Ausgaben will es eine grundsätzliche Entscheidung der beteiligten Arbeitgeber beschließen, d. h. die Beantwortung dem Reichstag und dem Reichsrat überlassen. Somit ist also vor Mitte nächster Woche formell mit der Erledigung der künftigen Frage zu rechnen.

Es bleibt aber abzuwarten, ob sich in dieser Hinsicht interessanter Eisenbahner mit dieser weiteren Entscheidung der Angelegenheit zufrieden geben werden. Vor vielen Seiten kommen Nachrichten, daß sich die Eisenbahner bereits sehr gegen das getroffene Abkommen erklärt haben, so besonders aus Frankfurt und dem Ruhrrevier. Der Aktionsausschuß der Eisenbahner des Ruhrreviers droht sogar, daß, wenn das Abkommen tatsächlich abgeschlossen wird, eine Sonderaktion der Eisenbahner begreift, die den gesamten Komplex der Beamtenfragen begreift, den geübten Arbeitgeber, und es wird der angeführten Erklärung der Eisenbahner mit dem Reichstag und dem Reichsrat über einen mit einmütigen gelaugten Abkommen zu rechnen.

Der Entwaffnungsrummel.

Jedes Ministerium. — Zeitweise bedrohliche Luftstimmung.

Chicago Tribune hat Einblick in den Bericht des Ausschusses über die Luftentwaffnung Deutschlands erhalten. Der Bericht beginnt mit der Feststellung, daß die Mitglieder der Deutschen auf dem Gelände der Luftentwaffnung wieder begonnen haben, und daß die deutsche Regierung das Verbot, keine Luftmaschinen mehr zu besitzen, umgehe. Zur Illustration wären viele Maschinen übergeben worden, so 26 823 Flugzeugmotoren, sechs Aufstiegs- und eine beträchtliche Anzahl Wasserwerke. Die Kontrollkommission habe aber bedeutende Mengen an Flugzeugmaterial entdeckt. Die deutsche Regierung selber habe das Flugzeugmaterial versteckt Material als anerkannt (2) und dann erklärt, daß sie ein neues Verbot herausgeben würde, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Fabriken von Junker hätten 150 Flugzeuge gebaut, die Schachtelwert 2, die Luftverkehr 2-6, ein Wasserflugzeug neuerer Konstruktion. Die deutsche Regierung habe es abgesehen, den Plan für die Einbringung der Luftmaschinen zu übergeben, weil diese im Jahre 1919 als Hilfsmittel ausgearbeitet worden seien.

Wahrscheinlich nimmt Herr Goo an, daß diese Versteckflüge dazu bestimmt sind, im nächsten Jahre Paris zu bombardieren. Ja, so ein Ententemerkmal hat es nicht selten, dem Dorellen hat seine Entlassungsbereitschaft nachgewiesen.

Amerika macht nicht mit.

Der amerikanische Botschafter in Paris, Wallace, teilt Regimes mit, daß die amerikanische Regierung aus dem Dorellen Rat ausscheidet und sich bei der Pariser Konferenz nicht mehr vertreten lassen werde. Taggen werde Amerika seinen Platz im Friedensmachungsaußschuß nicht einnehmen, sondern sich zurückziehen. Die amerikanische Regierung würde die Ausführung eines solchen Planes voller Unruhe verurteilen und nicht verstehen, einzuwirken, falls Frankreich ohne Grund gegen Deutschland und anderen die amerikanische Regierung widerstrebe der französischen Auffassung, daß Frankreich berechtigt sei, das linke Rheintal zu besetzen, weil die Vereinigten Staaten und in der Folge daher auch England das geplante Defensivabkommen mit Frankreich fallen gelassen hätten.

Ein interessanter Bericht über die Stellung der amerikanischen Regierung zur Entwaffnungsfrage geben die „New York Times“.

Die amerikanische Regierung habe die französische Behauptung, Deutschland verletze den Vertrag von Versailles hinsichtlich und könne den einzelnen Reichsminister nicht nach, aufmerksam geprüft und habe Grund zu der Annahme, eine deutliche Beweispforte verberge nur den schließlichen, verbindlichen französischen Wunsch nach Verwirklichung der Entwaffnungsfrage. Die amerikanische Regierung würde die Ausführung eines solchen Planes voller Unruhe verurteilen und nicht verstehen, einzuwirken, falls Frankreich ohne Grund gegen Deutschland und anderen die amerikanische Regierung widerstrebe der französischen Auffassung, daß Frankreich berechtigt sei, das linke Rheintal zu besetzen, weil die Vereinigten Staaten und in der Folge daher auch England das geplante Defensivabkommen mit Frankreich fallen gelassen hätten.

Leitender Vorbereitungen für Brüssel.

Es steht nunmehr endgültig fest, daß die Brüsseler Konferenz der Finanzfachverständigen erst nach Wiederöffnung der Pariser Konferenz des Obersten Rates wieder

aufgenommen werden wird. Nichtsdestoweniger hat in Berlin Auswärtigen Amt die Vorbereitung für Brüssel bereits begonnen. Die größten Schwierigkeiten ergeben sich in Brüssel besonders daraus, daß die Deutschen und die französischen Zeitungen über die Leistungen und die Leistungsfähigkeit der gegnerischen Produktion weit auseinandergehen. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der gegenwärtig in Berlin stattfindenden Besprechungen, gerade über diesen Punkt höhere, ungeschwätzte Daten zu gewinnen, da die vorhandenen Angaben nach mancher Richtung der Ergänzung bedürfen.

Eine besondere Bedeutung werden ferner in weiteren Verlauf der Konferenz die Fragen der industriellen Organisation der deutschen Lieferungen erlangen. Die Reichsregierung hat daher den affizierten und affizierten Beamten vorgeschlagen, daß neben dem Herren Staatssekretär Bergmann, Reichsbankpräsident Haverstein, die vom Reichsverband der deutschen Industrie benannten Herren Generaldirektor Deogler und Kommerzienrat Peter Klotzner als deutsche Delegierte bei den weiteren Verhandlungen teilnehmen. Zur Beratung aller dieser Fragen sollte der gesamten Fragen, die sich aus dem Statuswechsel über die Entwaffnung ergeben, ist am Dienstag, früher als ursprünglich beabsichtigt, auch der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zusammengetreten. Seine bisherigen Besprechungen waren vertraulich.

Die Vereinfachung der Rheinfront.

Mit Rücksicht darauf, daß Frankreich wieder Anhänger des Abzuges geworden ist, bestimmt der Artikel 357 des Friedensvertrages, daß Deutschland über die Rückzugsmöglichkeiten hinaus an Frankreich einen Teil der Rheinfront abzurufen hat. Der von den Verbündeten einstimmig eingetragene amerikanische Schiedsrichter Jones hat nun einen Entscheidung gefällt, nach dem Deutschland etwa 250 000 Tonnen Eisenerz aus Kälben und ferner Schiffe mit einer Leistungsfähigkeit von insgesamt 24 000 Pferdekraften Frankreich abzurufen soll. Dies bedeutet ungefähr 13 1/2 Proz. der Gesamttonnage der deutschen Rheinfront.

Bur Lage.

Das Geld reicht nicht. So hat der Finanzminister des Reiches, Herr Wirth, wiederum erklärt, auch wenn alle künftigen Steuern die ausgerechneten Beträge ergeben, und die Ausgaben von der Reichsregierung können nicht weiter eingespart werden, es sind also andere Quellen zu suchen. Und dabei wissen wir noch gar nicht, was die Entente verlangt. Man sind aber schon wieder die Beamten mit neuen Wünschen herodoretreten, und es ist nach den Darlegungen des Ministers zu sehen, wie die Gelder angebracht werden sollten. Da die Leute ohne feste Verbindung doch leben wollen, bleibt eigentlich nichts anderes übrig, als die Beamtenstellen zu vermindern, und aus den so gesparten Geldern Aufhebungen vorzunehmen. Doch ist ein Steuererleichterung nicht zu vermeiden. Die Erregung ist heute schon groß genug, wo nach Wirtschaftlern und andere Klagen erst bewiesen. Die Erregungen der Beamten gehen auch neue Konventionen folgen werden, liegt auf der Hand. Damit steigen wieder Lebensmittel und Tagesbedürfnisse, es geht immer im Kreis herum. Oder die Entente möchte gegen die unabsehbaren deutschen Ausgaben auftreten. Das ist bei diesen Verhältnissen alle junge Leute zu irgend einer Quantitätsfrage drängen werden, kann selbstverständlich nicht vermeiden. Taggen ist bei jeder Schritte notwendig.

Die Landesfinanzminister gegen die Reichsfinanzverwaltung. Der Ende voriger Woche zu Hamburg abgehaltenen Konferenz einzelstaatlicher Finanzminister wird eine besondere Bedeutung beigemessen, weil sie trotz aller beschwichtigten Worte doch zweifellos als der Beginn eines Zusammenstoßes gegenüber der Finanzpolitik des Reichsfinanzministeriums und als Veranschaulichung wider das von Erzbischof gestiftete unheilvolle Abhängigkeitsverhältnis der Einzelstaaten vom Reich anzusehen sei. Die Anregung zu dieser Konferenz ist von Thüringen ausgegangen, während Bayern die Einleitung aus der eigenen Einzelstaaten übermitteln und dann auch den Vorstoß übernahm.

Deutscher-Dankgratifikation ist auch im Reichsland bei zu Dank, nämlich der Reichstag der Republik in Bezug zum Jahreswechsel die verschiedenen Vorkommnisse zur Veranschaulichung ermahnt hat. Reichstag sind es die Reichern, die viel auszusprechen haben, den Deutschen soll mit aller Gewalt der Lieberstadt zum Selbstbestimmten aufgegeben werden. Daß die der hohe Sprache im amtlichen Verkehr mit Behörden systematisch zurückgeführt wird, ist leider selbstverständlich. Das deutsche Blut hat es ferner.

Königreich Ungarn und Welt-Eisenreich. Während in Österreich die innere Not so hoch gestiegen ist, daß jetzt sogar der Bundeskanzler in Wien an den Reichstag der Entente appelliert, was bisher an dem Reich noch nicht da war, hat in Budapest der Plan, die Monarchie wiederherzustellen, feste Wurzeln geschlagen. Das wird von dem früheren Kaiser Karl benutzt, der mit seiner Familie zur Zeit am Genfer See lebt.



Wir müssen etwas bieten können. Ohne dem geht es nicht.

Die Beamtenfragen.

Keiner will die Verantwortung übernehmen. Dem Fortgang der Verhandlungen über die Beamtenforderungen stellen sich immer neue Schwierigkeiten in den Weg. Das endlich zwischen den Vertretern der Regierung und den Beamten-Organisationen abgeschlossene Kompromiß befindet sich natürlich, wie jedes Kompromiß, seinen von beiden Seiten. Der Regierung sind die gemachten Zugeständnisse zu hoch, den Beamten zu niedrig. Und beide Teile haben von sich aus recht. Das erscheinende ist, daß beide Teile, Regierung und Beamte, sich in einer Notlage befinden. Die Regierung weiß nicht, woher sie das Geld nehmen soll, um den Beamten höhere Zulagen zu geben, die Beamten wissen nicht, woher sie das Geld nehmen sollen, um zu leben. Beide Teile erkennen die Notlage des anderen an, wissen aber nicht, wie dem abgeholfen werden soll. Hilft die Regierung den Beamten, so vergrößert sich ihre eigene Notlage, würden aber die Beamten keine Hilfe von der Regierung bekommen, — und von wem sollte sie sonst kommen? — so würde die Not der Beamten ins Ungemeine wachsen.